



Brendan Smialowski/AFP/Getty Images

## Der große amerikanische Kaufrausch

Freies Geld für jedermann!

- Stephen Flurry
- [23.08.2006](#)

Die Vereinigten Staaten von Amerika befinden sich inmitten eines beispiellosen Kaufrausches. Doch in Stellungnahmen über den Bundeshaushalt, die er dem Kongress im Februar letzten Jahres unterbreitete, sagte Präsident Bush zu einer Gruppe von US-Gouverneuren: „Ich habe dem Kongress ein gutes, schlankes Budget vorgelegt – es setzt Prioritäten fest und es wird diesen Prioritäten gerecht. Es ... sagt, wenn ein Programm unbrauchbar ist, nicht finanzieren; oder wenn es doppelten Aufwand erfordert, rationalisieren“ (28. Februar).

Die Wahrheit ist genau das Gegenteil. Der Ausgabenentwurf von 2,57 Billionen Dollar war bisher der größte in Amerika – etwa 330 Milliarden Dollar mehr, als Steuereinnahmen abdecken würden. Wie jemand einen 330 Milliarden Dollar Defizit als ein schlankes Budget bezeichnen kann, übersteigt meine Begriffe.

Und wenn Sie denken, dass die von der Regierung vorgestreckte Soforthilfe für die Instandsetzung der durch drei verheerende Wirbelstürme entstandenen Schäden, die Regierung zu Einsparungen bei den Staatsausgaben veranlassen würde, DENKEN SIE LIEBER NOCHMAL.

## Unbeantwortete Fragen

Präsident Bush sagte, dass der Wiederaufbau der Golfküste nach dem Wirbelsturm Katrina, „eine der größten Sanierungsmaßnahmen, die die Welt je gesehen hat“, sein würde. Der Präsident schien aufgrund der Kritik der liberalen Medien für seine zögerliche Reaktion auf die Tragödie, verlorene Zeit durch die Zuweisung von *großen Mengen* von Geldmitteln wieder gutmachen zu wollen. „Der größte Teil der Instandsetzungskosten der allgemeinen Infrastruktur im Katastrophengebiet, wie Straßen, Brücken, Schulen und Wassersysteme, wird durch staatliche Mittel bezahlt werden. Unser Ziel ist, die Arbeit schnell zu erledigen“ (15. September). Aber mit der hastigen Aushändigung von Blanko-Schecks für das Wiederaufbau-Projekt wurden mehrere kritische Fragen kaum berücksichtigt.

Zum Beispiel, was genau ist die Rolle der Bundesregierung beim Wiederaufbau ganzer Gemeinschaften oder Städte nach Naturkatastrophen? Wie Stephen Moore für *OpinionJournal.com* schrieb: „Chicago wurde in 1871 bis auf die Grundmauern niedergebrannt; San Francisco wurde in 1906 von einem Erdbeben eingeebnet; Galveston in Texas wurde in 1900 von einem schlimmeren Orkan als Katrina dem Erdboden gleichgemacht. In jedem einzelnen Fall wurden diese stolzen Städte rasch und sogar zu noch größerer Pracht wiederaufgebaut – mit kaum nennenswerten staatlichen Geldmitteln“ (19. September). Natürlich hat sich seit jenen Katastrophen viel verändert. Heute leben wir in einem Zeitalter großer Staatsführung und ständig expandierenden Unterstützungsprogrammen. Sobald ein Unglück geschieht, erwarten die Sozialhilfeempfänger einfach, dass die Regierung sich darum kümmert – schlicht und einfach.

Eine andere Frage, die übergangen wurde, ist, wie können wir sicher machen, dass der freie Geldfluss an Stellen wie New Orleans weise ausgegeben wird? Wenn man hört, wie Kommentatoren über die Geschichte der politischen Korruption auf staatlicher und lokaler Ebene in Louisiana sprechen, dann ist das fast als Teil des kulturellen Flairs der Region akzeptiert. Die *Washington Post* bezeichnete die Polizei von Louisiana sogar als „bekannt korrupt“. „Letztes Jahr beschrieb der leitende Agent des FBI-Büros von New Orleans die Korruption unter den Gemeinde- und Staatsbediensteten als „epidemisch, ansässig und eingewurzelt“, was heißt, dass „keine Zweigstelle der Regierung davon ausgenommen ist.“ Laut John Fund

vom *Opinionjournal* ist die Pro-Kopf-Zahl der vom Staat Louisiana gewählten und wegen Verbrechen verurteilten Beamten, die dritthöchste aller amerikanischen Staaten (26. September). Allerdings sind die konventionellen Medien zu sehr an der Aufdeckung der Fehler von Präsident Bush fixiert, um den lokalen Beamten, die stehlen oder Milliarden von Dollars verschwenden, irgendwelche ernste Aufmerksamkeit zu schenken. Wie die Kolumnistin Peggy Noonan mit Recht fragte: „Wie viele Dollars von den 100 Milliarden, die nun ankommen, werden unter den Tisch fallen? Die Hälfte? Nun, wir wollen nicht übertreiben. Mehr als die Hälfte“ (22. September).

In derselben Rede, wo Präsident Bush Wagenladungen von Geld für die Staaten an der Golfküste versprach, verwies er auf die „anhaltende Armut“, die wir alle während der Flut in New Orleans im Fernsehen miterleben konnten. Diese Armut, sagte er – die Gefühle seiner linksgerichteten Kritiker wiederholend – hätte ihre „Wurzeln in einer Geschichte der Rassendiskriminierung ...“ Folglich versprach der Präsident in dem Bestreben, der verbreiteten Armut und dem Rassismus „tatkräftig“ entgegenzutreten, sehr viel Geld zu senden – nicht nur für die Erneuerung dessen, was zerstört wurde, sondern um alles sogar noch „höher und besser“ aufzubauen, als es vorher war. Er versprach Steuererleichterungen, von der Regierung finanzierte Konten bis zu einer Höhe von 5.000 Dollar für die Bildung und Kinderbetreuung für jeden Evakuierten, der Arbeit suchte, usw.

Abgesehen von der Korruption – nehmen Sie einfach Geld um ein Problem zu lösen und hoffen Sie auf das Beste.

Ein Kongressabgeordneter von Missouri klagte sogar darüber, dass er gezwungen wurde, die ursprüngliche Gesetzesvorlage des Präsidenten über 62 Milliarden für den Wiederaufbau zu unterzeichnen, obwohl wir wussten, dass viel von dem Geld verloren gehen könnte. „Ist das nicht ein viel größeres Problem als Armut oder Rassismus? Fördermittel der Regierung für arme Leute beziffern sich auf 14,6 Prozent im Budget von Präsident Bush, fast der doppelte Betrag, den Präsident Clinton für Armut ausgab. Doch wenn viel von dem Geld, welches als Unterstützung für die Sturmpfer bestimmt ist, verschwindet oder durch die Bürokratie vergeudet wird, erfüllen diese Programme dann überhaupt ihren beabsichtigten Zweck? Schließlich ist die Armut über die letzten 40 Jahre etwa gleich geblieben, obwohl wir Hunderte von Milliarden Dollars in diese Programme stecken.

Das bringt uns zu einer anderen Frage, die nicht beantwortet worden ist, obwohl mehrere Nachrichtendienste und einige unabhängige Politiker die Frage zumindest *gestellt* haben. Die Frage ist, WIE WERDEN WIR DAS ALLES BEZAHLEN? Am Tag nachdem der Präsident der Golfküste das Blaue vom Himmel versprochen hatte, gab er zu, dass der Wiederaufbau sehr viel Geld kosten würde. „Das bedeutet, dass wir dafür sorgen müssen, unnötige Ausgaben zu vermeiden.“ Das bringt einen großen deftigen Einschnitt mit sich. Politiker machen bereits seit mehreren Jahren solche Aussagen – sogar während sie fortlaufend mehr Geld ausgeben, neue Hilfsprogramme ins Leben rufen und den Bürokratismus in der Regierung weiter ausweiten.

## Nirgendwo Einschnitte möglich?

Laut Stephen Moore's Kolumne schlugen einige Dutzend Kongressabgeordnete vor, dass eine Abänderung zur ursprünglichen Gesetzesvorlage über die 62 Milliarden Dollar an Fördermitteln für die Orkanhilfe, die der Präsident im Kongress durchsetzte, hinzugefügt werde. Die Idee war, andere Hilfsprogramme der Regierung um 2,5 Prozent zu beschneiden – gerade mal 2,5 Cents von jedem Dollar, der von einer Bundesagentur ausgegeben wurde. Laut Moore, „hätte die republikanische Führerschaft nicht einmal eine Abstimmung zugelassen, und zwar aufgrund dessen, dass es keinerlei Vergeudung gab, die leicht zu erkennen und zu unterbinden gewesen wäre“ (op. cit). Diese Abänderung wurde nicht einmal in Erwägung gezogen.

Als er später nach möglichen Budgetkürzungen, die der Kongress machen konnte, gefragt wurde, sagte der Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus, Tom DeLay (der später von seiner Spitzenposition im Haus nach einer Anklage in Texas vorübergehend zurücktrat), dass er gerne Kürzungen vornehmen würde, aber dass „bis jetzt niemand in der Lage gewesen wäre, Vorschläge zu unterbreiten.“ Ein Reporter fragte daraufhin DeLay, den viele für einen der konservativsten Politiker in Washington halten, ob das bedeutete, dass die Regierungsgeschäfte mit höchster Effizienz liefen. Die Antwort DeLay's: „Ja, nach 11 Jahren von republikanischer Mehrheit *haben wir alles ziemlich gut in den Griff bekommen*“

Meint er das im Ernst? *Die Landesausgaben haben um 79 Prozent zugenommen, seit die „Konservativen“ die Kontrolle des Hauses in 1994 gewannen.* Dennoch, vermutlich ohne eine Miene zu verziehen fuhr Herr DeLay mit seiner Erklärung fort, den „Sieg“ gegen verschwenderische Staatsausgaben zu erklären. Er sagte den Reportern, *dass es einfach keinen Speck mehr gibt, der vom Bundeshaushalt weggeschnitten werden könnte.*

Die erstaunlichen Bemerkungen von DeLay veranlassten eine Anzahl von konservativen Kolumnisten, lange Listen mit vorgeschlagenen Budgeteinsparungen aufzustellen – wobei viele von ihnen die 286 Milliarden Dollar „Highway Bill“ herausgriffen haben, die der Kongress im August billigte. Diese Gesetzesvorlage enthielt eine Rekordzahl von Positionen – mehr als 6.000 Förderprojekte, von Politikern von beiden Seiten des Lagers hinzugefügt, die dem amerikanischen Steuerzahler 24 Milliarden Dollar kosten werden.

Die meiste Aufmerksamkeit dieser zusätzlichen „vorgesehenen Mittel“, wie sie von Politikern gerne genannt werden, erhielt die berühmte „Alaska-Brücke nach nirgendwo“ – ein vom Republikaner Don Young gefördertes 223 Millionen Dollar Projekt. Ein Karrierepolitiker und Kongressmitglied für über 30 Jahre und der Republikaner aus Alaska prahlte damit, dass die so genannte Highway Bill „wie ein gefüllter Truthahn“ voll mit allen möglichen Schmankerln für seinen Staat ist. Die Brücke wird nach dem Kongressabgeordneten Young benannt werden, aber um was zu ehren? Seine geschickte

## Beeinflussung für Finanzhilfe?

Präsident Bush hatte ursprünglich gesagt, dass er jede Gesetzesvorlage über 256 Milliarden Dollar zurückweisen würde. Später erhöhte er die Ausgabengrenze auf 284 Milliarden Dollar, bevor er sie schließlich billigte – wie er es bei allen früheren Kongressausgaben getan hat seit er Präsident wurde – ganze 286 Milliarden Dollar.

Anfang der 1990er Jahre, als die Demokraten den Kongress kontrollierten, war die durchschnittliche Anzahl von Förderprojekten, die zu den Ausgaben hinzugefügt wurden, etwa 4.000 pro Jahr – allein das war sehr peinlich. Doch heute, mit einer republikanischen Majorität sowohl im Haus als auch im Senat (so wie im Weißen Haus), gibt es jedes Jahr mehr als 15.000 solcher Förderprojekte.

Und weder der Präsident noch der Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus können im Haushaltsplan irgendwelchen Spielraum finden, um die Kosten zu senken?

Ryan Sager schrieb in der *New York Post*: „Der Kernpunkt der Debatte unter den Republikanern ist nicht, ob das für den Wiederaufbau nach Katrina gebrauchte Geld ausgegeben werden soll – das ist bereits festgelegt. Die Frage ist, ob sie *sogar unter den extremsten Umständen* AUCH NUR DIE GERINGSTEN REDUZIERUNGEN IN DER GRÖSSE DER REGIERUNGSDURCHFÜHREN KÖNNEN“ (19. September, durchaus meine Betonung).

In der Tat, wenn unsere Führer ihren Lebensstandard nicht einmal inmitten einer nationalen Tragödie reduzieren, wann werden sie es dann überhaupt tun?

## Gefährlicher Präzedenzfall

Politiker werfen mit Ausdrücken wie *Milliarden* und *Billionen* in diesen Tagen nur so um sich, als ob es sich um Wechselgeld handeln würde. Um die geschätzten Kosten für Katrina (200 Milliarden Dollar) in die richtige Perspektive zu bringen, gab Stephen Moore bekannt, dass diese sich für jede vom Orkan vertriebene Familie auf über 400.000 Dollar belaufen. Denken Sie nur an den Lebensstandard, den jede dieser Familien haben könnte, wenn sie für den Start 400.000 Dollar zu investieren hätten! Natürlich muss auch die Infrastruktur erneuert werden – besonders in New Orleans – trotzdem, 200 Milliarden Dollar? Das ist sehr viel Geld, das in Umlauf gebracht werden soll – *mehr als wir für den Krieg im Irak ausgegeben haben*.

Moore schrieb: „Politiker von nahezu jedem Kongressbezirk scheinen sich ihren Weg zum Orgientisch für eine Scheibe dieses 200 Milliarden Dollar Kuchens zu bahnen. Bei der letzten Zählung waren es 12 Gouverneure, die ihre Bundesstaaten zu Katastrophengebieten erklärt hatten und somit Anspruch auf Bundeshilfsmittel haben. Iowa, Michigan und Utah zum Beispiel, Staaten, die dem Orkan nicht einmal nahe waren, beanspruchen Katastrophenhilfe“ (op. cit).

Und warum nicht? Es ist freies Geld. Wenn Politiker eine „Highway Bill“ nicht verabschieden wollen, es sei denn, sie BEKOMMEN Hunderte von Millionen von Dollars für unnötige „Projekte“ in ihrem Staat, warum sollten sie dann einen aufgeblähten Orkan-Hilfsfonds verabschieden, es sei denn, sie bekommen irgendeine Art von Ausgleich?

Ist das nicht ein wunderbares System?

Anknüpfend an die 62 Milliarden Dollar Ersthilfe des Präsidenten, autorisierten Louisianas zwei Senatoren (ein Republikaner und ein Demokrat) den Hurricane Katrina Disaster Relief and Economic Recovery Act, in der Hoffnung, diesen durch den Kongress zu bringen, solange die Politiker in Geber-Laune sind. „Die 250 Milliarden Dollar Gesetzesvorlage würde laut der *Washington Post* auf einer inflationsangepassten Basis mehr kosten, als der ganze Louisiana Kauf von 1803. Die Gesetzesvorlage fordert tatsächlich eine Erhöhung des Jahresbudgets des technischen Armeekorps um 900 Prozent – von 4 Milliarden auf 40 Milliarden Dollar. Außer der Wiederherstellung der Infrastruktur von New Orleans und Hilfeleistungen für den Wiederaufbau anderer zerstörter Gemeinschaften in Louisiana, verlangt dieser Gesetzesentwurf 14 Milliarden Dollar für die Wiederherstellung des Ökosystems und weitere 13 Milliarden Dollar für die Louisiana Transport- und Entwicklungsabteilung. Laut der *Post* „schließt es auch hohe Zahlungen ein für Krankenhäuser, Häfen, Banken, Schiffsbauer, Fischer und Schulen, sowie auch 8 Millionen Dollar für Alligatorenfarmen, 35 Millionen Dollar für die Vermarktung von Meeresfrüchten und 25 Millionen Dollar für ein Zuckerrohrforschungslabor“, welches vor Katrina überhaupt nicht fertiggestellt war (26. September). Die Senatoren Vitter und Landrieu gaben zu, dass es viel Geld war, als sie den Gesetzesentwurf einbrachten. Aber sie sagten, eine beispiellose Tragödie erfordere eine beispiellose Reaktion.

Apropos Präzedenzfall, nehmen wir mal an, dass dieser Gesetzesentwurf verabschiedet wird (oder eine Variante davon), welche Signale wird das an andere Regionen senden, die zukünftig von Katastrophen heimgesucht werden? Wenn die Bundesregierung jetzt verpflichtet wird, New Orleans wiederaufzubauen und zwar besser als vorher, *und ohne Rücksicht auf die Kosten*, was wird geschehen, wenn die Orkane intensiver werden? Was dann, wenn der „große Sturm“ Südkalifornien letztlich entweicht? Oder wenn eine Atombombe eine größere US-Stadt auslöscht? Wie *viel* würde es brauchen – wie lange würde es dauern – bis unsere zerbrechliche Wirtschaft zum Stillstand kommt?

Wie wir bereits früher sagten, Jesus prophezeite, dass Wetterkatastrophen in den Tagen vor seinem zweiten Kommen GEWALTIG ZUNEHMEN würden. „Und es werden geschehen große Erdbeben und hier und dort Hungersnöte und Seuchen; auch werden Schrecknisse und vom Himmel her große Zeichen geschehen“ (Lukas 21,11; siehe auch Matthäus 24,7). Während Wetterkatastrophen an Häufigkeit und Intensität zunehmen, erfüllen sie im Grunde genommen Bibelprophezeiung.

Diese Prophezeiung zusammen mit anderen geopolitischen Einflüssen wird letztlich durch den Zusammenbruch des US-Dollars zu einer weltweiten Wirtschaftskrise führen. Wenn das geschieht, wird es den Weg freimachen für eine gefährliche neue Weltmacht, die aus dem Herzen Europas herauskommt. Die *Posaune*, die ihre Analysen auf dem sicheren Wort der Bibelprophezeiung gründet, hat jahrelang diese Voraussage gemacht.

## Schuldenberg bedroht Wirtschaft

Letztes Jahr brachte die linksorientierte *USA Today* einen Artikel über die astronomische Schuld, in die Amerika hineinschlittert. „Es sind 53 Billionen Dollar, die von Bund, Staat und Gemeindeverwaltungen sofort benötigt werden – Ersparnis, Zinsen bringend, über die 3 Billionen Dollar Steuergelder von letztem Jahr hinaus – um Schulden zurückzahlen und zukünftige, versprochene Unterstützungen von Medicare, Sozialversicherung und staatliche Renten zu garantieren“ sagte das Blatt. „Und wie ein unbezahltes Kreditkartenkonto Zinsen anhäuft, so WÄCHST DIESES PROBLEM UM MEHR ALS EINE BILLION DOLLAR JEDES JAHR, SOLANGE DIE ABZAHLUNG DER SCHULDEN HINAUSGEZÖGERT WIRD“ (3. Okt. 2004). Wenn nicht bald etwas unternommen wird, warnte die Zeitung, könnten die Folgen „katastrophal“ sein.

Der Artikel zitierte Glenn Hubbard, der als Vorsitzender des Council of Economic Advisors für Präsident Bush diente. „Politische Führer wissen, dass dies ein großes Problem ist. ... Ich weiß, dass der Präsident sich dessen genau bewusst ist. Aber in einem Wahljahr ist es nicht leicht, darüber zu reden. Die Lösungen könnten sehr schmerzhaft sein. Wenn er wieder gewählt wird, dann glaube ich, dass er dies nächstes Jahr als oberste Priorität setzen wird.“

Traurigerweise ist das nicht geschehen. Die Staatsausgaben sind dieses Jahr um 7 Prozent gestiegen – und das ~~ist ohne~~ *die Kosten für den Irakkrieg oder die humanitäre Hilfe für Katrina und Rita*. Unter der Aufsicht von Präsident Bush hat die Bundesregierung ihre größte Expansion seit Lyndon Johnson's großer Gesellschaft erlebt.

In unserer englischen Ausgabe vom Mai verwiesen wir Sie auf eine Bemerkung, die im November von Morgan Stanleys leitendem Volkswirtschaftler, Stephen Roach, während eines privaten Treffens gemacht wurde. Laut dem *Boston Herald* ließ Roach anklingen, dass die Vereinigten Staaten weniger als eine 10prozentige Chance hatten, ein WIRTSCHAFTLICHES ARMAGEDDON zu vermeiden! „Es fiel mir auf, wie *extrem* er war – viel mehr, so schien mir, als in der Öffentlichkeit“, so wurde eine Quelle zitiert, die bei diesem Treffen anwesend war (23. Nov. 2004). Laut dem *Herald* „ist diese Analyse von Roach nicht unbedingt neu. Aber jüngste Geschehnisse verleihen dem eine zusätzliche Bedeutung.“ Das war vor einem Jahr.

Erst neulich befasste sich ein Artikel von Associated Press mit dem gleichen Thema. Laut dem Journalisten Robert Tanner „warnt eine Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern, Regierungsbeamten und gewählten Führern, sowohl von den Konservativen als auch von den Liberalen, dass Amerikas STÄNDIGES BORGEN die Nation auf den Weg zu einer GRÖßEREN FINANZKATASTROPHE geführt hat – ein Weg, der zu fallenden Immobilienpreisen, rasant steigenden Zinssätzen, verlorenen Arbeitsplätzen, stagnierenden Löhnen und zu einer Bedrohung für staatliche Dienstleistungen, von der Gesundheitsvorsorge bis zur Gesetzesvollstreckung, führen könnte (27. August).“

Der Artikel brachte ein Interview mit David Walker, der *die Bücher der Bundesregierung prüft*. Er sagte: „Ich glaube, dass das Land auf einen kritischen Scheideweg zugeht und dass die Entscheidungen, die innerhalb der nächsten 10 Jahre oder so – gemacht oder auch nicht gemacht werden – eine tief greifende Auswirkung auf die Zukunft unseres Landes, unserer Kinder und unserer Enkelkinder haben werden. Das Problem wächst mit jedem Tag, und die Sturmflut kommt Tag für Tag näher.“

Zwei Tage *nachdem* dieser Artikel von AP bekannt gegeben wurde donnerte Katrina auf die Golfküste zu. Und was haben wir unternommen um aus *diesem* 200 Milliarden Dollar Schlamassel herauszukommen? *Mehr Geld geborgt*. Schreiben wir es einfach als Defizit ab.

„Sicher gibt es jene, die der Meinung sind, dass solche Kommentare die Prediger in Erinnerung rufen, die das Ende der Welt zu einer bestimmten Zeit und an einem speziellen Ort vorhersagen, jedoch immer verkehrt gewesen sind ... Aber irgendetwas hat sich geändert. Vor mehr als zwei Jahrhunderten warnte Benjamin Franklin: ‚Er, der sich verlässt aufs Borgen, der holt sich viele Sorgen.‘“ Das ist keine Warnung der *Posaune* – sie kommt von der Associated Press!

Der Artikel illustrierte das Defizit dieses Jahres mit 331 Milliarden Dollar – etwa 100 Milliarden Dollar weniger als erwartet – das heißt, *vor den Wirbelstürmen*. Die Gesamtschuld der Nation hat die 8 Billionen Dollar Marke jetzt überschritten und jeden einzelnen Tag wächst sie um weitere 1,5 Milliarden Dollar. Um diese Sache noch zu verschlimmern, haben Politiker den Amerikanern viele Billionen an Hilfsprogrammen wie Sozialversicherung, ärztliche Hilfe und Gesundheitsvorsorge versprochen. Wie schon erwähnt, die Amerikaner würden zusätzliche 40 bis 50 *Billionen* Dollar brauchen, um all diese Zusagen zu erfüllen.

Ein Kongressabgeordneter schlug vor, dass ein einfaches *Aufschieben* der neuen Multibillionen Dollar Medikamentenzulage für Senioren dieses Jahr 40 Milliarden Dollar einsparen würde – Geld, das dann für die Orkanhilfe umgeleitet werden konnte.

Das kann man nicht machen. *Senioren brauchen Medikamente. Unsere Truppen brauchen Waffen. Arme Leute brauchen Sozialhilfe*. Wir können nicht zulassen, dass *irgendein* Kind in der Bildung zurückbleibt. Louisiana *braucht* 250 Milliarden Dollar, um von den Straßen bis zu den Alligatorenfarmen alles wiederaufzubauen. Und wie kann Alaska *ohne* eine Brücke

nach nirgendwo überleben? Jeder einzelne – ob arm, Mittelstand, wohlhabend, jung oder alt, *jede* spezielle Interessengruppe, *jeder* Politiker, *jeder* Bundesstaat, *jedes* Katastrophenopfer – ALLE *müssen* finanzielle Hilfe bekommen.

Es gibt einfach keinen Spielraum, um signifikante Kürzungen im Staatshaushalt zu machen. *Wimüssen* weiterhin borgen.

## Tag der Abrechnung

Laut einer Umfrage von Associated Press sind mindestens 70 Prozent der Amerikaner zumindest ein wenig, wenn nicht sehr beunruhigt über Amerikas Abhängigkeit von defizitären Ausgaben. *Siebzig Prozent* – das ist eine ÜBERWÄLTIGENDE MEHRHEIT! Aber, hier ist der Clou – nur *35 Prozent* der Befragten waren für Ausgabenkürzungen der Regierung, die die staatlichen Sozialleistungen reduzieren würden! Und nur 18 Prozent waren mit Steuererhöhungen einverstanden, um staatliche Sozialleistungen so zu halten, wie sie sind. Und das sollten Sie auch verstehen: Mickrige 1 Prozent der Befragten waren dafür, die Steuern anzuheben und die Ausgaben zu reduzieren.

Wie im Artikel von AP erwähnt wurde: „Von den politischen Führern der Nation konnte man schwerlich sagen, dass sie einen Auftrag hatten, der finanzielle Verantwortlichkeit verlangte (ibid.). Das ist deshalb, weil die meisten Amerikaner selbst weit über ihre Verhältnisse leben! Im Durchschnitt sparen sie nichts von dem, was sie verdienen. Schulden schlucken etwa 20 Prozent des Geldes, das den Amerikanern nach Abzug der Steuern, Lebensmittelausgaben und Wohnungskosten übrig bleibt. Die Amerikaner sind eine Nation von Schuldenmachern. Und obwohl ich keine Umfrage geführt habe, wette ich, dass eine Mehrheit von jenen, die bis über beide Ohren verschuldet sind, entweder „leicht“ oder „sehr stark“ besorgt ist über ihr Schuldenmachen,

Aber anstatt Einsparungen im Familienbudget zu machen, geben sie weiterhin ihr Geld aus. Und warum auch nicht? Es ist *immer* freies Geld verfügbar. Es findet sich *immer* ein Weg, die Ausgabegrenzen zu erhöhen. Es gibt *immer* eine andere Kreditkarte, die wir dem Plan hinzufügen können. Es gibt *immer* ein anderes Darlehen. Und wir sollten vielmehr dankbar sein für all diese hochverzinslichen Geldzuwendungen, denn es gibt immer – WIRKLICH IMMER – viele Dinge, die wir unbedingt haben müssen.

Es ist genau diese „Geiz ist geil“ Mentalität, die sowohl die Politiker in Washington als auch praktisch jeden anderen Bundesstaat und jede lokale Regierungsbehörde in Amerika lähmt.

Eine sehr große Mehrheit von Amerikanern ist besorgt darüber, wohin die Schuldenmacher dieses Land führen werden. Aber eine erbärmlich kleine Anzahl von Menschen ist bereit, wirklich jedes persönliche oder auch nationale Opfer zu bringen, um eine Katastrophe zu vermeiden! Und aus diesem Grund werden die Politiker fortfahren, das Finanzministerium zu plündern – einen astronomischen Schuldenberg für kommende Generationen aufzubauen. Sie tun es aus demselben Grund, warum Plünderer während der Flut von New Orleans Wal-Markt ausräumten – *weil sie es einfach tun können*. Es ist KEINE GESETZESBEHÖRDE DA, UM SIE AUFZUHALTEN.

Aber es wird einen Tag der Abrechnung geben. Amerikanische Wähler mögen ihre Führer nicht für verantwortlich halten für ihre rücksichtslose Geldverschwendung – aber eines Tages, in der nicht zu entfernten Zukunft, *werden ausländische Gläubiger es tun*. „Genaugenommen“, fährt der AP Artikel fort, „ist die US-Wirtschaft abhängig von den Zentralbanken von Japan, China und anderer Nationen und deren Investitionen in die US-Staatskassen, um den amerikanischen Zinssatz niedrig zu halten. Die niedrigen Kurse sorgen dafür, dass amerikanische Verbraucher Importwaren kaufen.“

Bis zu diesem Punkt sind ausländische Anleger bereit, unsere Schulden zu finanzieren, weil ihre Wirtschaften davon abhängig sind, dass die Amerikaner ausländische Waren konsumieren. Solange sie etwas daran verdienen, werden sie unsere Schulden weiter finanzieren. Und solange sie das tun, werden wir weiterhin Geld ausgeben. Und wenn es schlimme Vorkommnisse wie Katrina gibt, leihen wir uns mehr, um uns aus einem Loch herauszugraben.

Aber die Party wird nicht für immer weitergehen. Schließlich wird eine „Gesetzesvollstreckung“ *vonaußerhalb* auftauchen, und das Plündern wird zu einem abrupten Ende kommen.

Sind Sie auf diese Realität vorbereitet? Wenn nicht, dann sollten Sie *bessere* AUFWACHEN!

Und wenn Sie das nicht von der *Posaune* hören wollen, dann beherzigen Sie bitte die Warnung von der Associated Press: „Unter keinen Umständen können wir einen Ausweg finden aus dieser weit reichenden, finanziellen Misswirtschaft“, sagte David Walker, *der Mann, der die Finanzen der Regierung prüft*. „Ich glaube wirklich nicht, dass die Amerikaner auch nur eine bloße Ahnung haben, bezüglich wer wir sind und wohin wir gehen und was die potentiellen Folgen für das Land sind, wenn wir nicht schon bald einige harte Entscheidungen treffen.“

Sind Sie beunruhigt darüber, was uns in Zukunft erwartet? Wenn ja, dann sind Sie nach den Umfragen zu schließen, nicht allein! Eine große Mehrheit der Amerikaner ist besorgt. Die Frage ist nur, *sind Sie bereit, harte Entscheidungen zu treffen?* Und werden Sie das mit Opferbereitschaft durchziehen? ■